

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 42 (1963)
Heft: 1

Artikel: Hinein in die Politik 1963!
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337435>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DR. RICHARD LIENHARD

Hinein in die Politik 1963!

Der bekannte Publizist Robert Jungk hat einmal im Jahre 1962 treffend ausgeführt, wie gerne sich der Mensch von heute mit den Errungenschaften der Gegenwart begnüge und dadurch den Sinn für den Bereich zwischen Gegenwart und Zukunft verkümmern lasse («Die neue Gesellschaft», 1962, 4. Heft). Sind wir nicht arm geworden an Träumen, Vorstellungen und Plänen, welche die Möglichkeit einer neuen Gesellschaft, eines schöneren Lebens und einer veränderten Wirklichkeit ahnen lassen? So etwa lautet Jungks Frage.

Man mag Jungk entgegenhalten, wir seien eben mit dem Zustand und dem Lauf unserer Welt zufrieden. Aber Jungk gibt schlagfertig zurück: «Weshalb dann dieses Unbehagen am Wohlstand? Woher die vielen ernsten Stimmen der Kulturdiagnostiker, die krank, krank, krank murmeln?»

Es ist verlockend genug, zu Beginn des Jahres den Gedanken von Jungks

Plädoyer für die soziale Phantasie

aufzugreifen. Für einmal im Jahr soll es selbst uns nüchternen Schweizern erlaubt sein, einen Blick auf das politische Leben von morgen zu richten. Es bedarf allerdings keiner blühenden Phantasie, um vorauszusagen, was das innenpolitische Leben unseres Landes im Jahre 1963 beherrschen wird: Wir meinen die Diskussion um die Initiative gegen die Bodenspekulation. Sie wurde im vergangenen Jahr an dem außerordentlichen Parteitag der SPS in Luzern beschlossen, so daß mit der Unterschriftensammlung soeben begonnen werden konnte. Die hervorragende Bedeutung dieses Volksbegehrens ist offensichtlich. Es handelt sich hier um einen der gewichtigsten Vorstöße, die je von der schweizerischen Sozialdemokratie ausgegangen sind.

War nicht gerade im vergangenen Jahr die Klage über die Entwicklung der Bodenpreise allgemein? Ging da nicht durch unser Volk ein steigendes Unbehagen über die immer bedenklicheren Auswüchse einer konservativ-

liberalen Bodenpolitik? Bezeichnend für diese Stimmung ist es, daß im Jahre 1962 ein bürgerliches Blatt («Neue Bündner Zeitung») bei seiner Beurteilung des Bodenproblems zum Schlusse kam, daß wir ohne wirksame Gegenmaßnahmen einem eigentlichen «Neo-Feudalismus» entgegengehen würden. Dank der Initiative der Sozialdemokraten und Gewerkschafter tritt im Jahre 1963 anstelle des Jammerns, Räsonnierens und Debattierens das Handeln. Heute noch dient mangels einer sozialen Rechtsstaatlichkeit der Boden als Mangelware immer mehr dem Eigennutz. Eine stets kleiner werdende Zahl von Eigentümern hat es dank dem Monopolcharakter des Bodens in der Hand, sich auf Kosten der Mitmenschen unangemessene wie ungerechtfertigte Profite zu verschaffen. Dank unserer Bodeninitiative gegen die Bodenspekulation sollen im Jahre 1963 die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß der Grundsatz «Gemeinnutz geht vor Eigennutz» sich auch in Wirklichkeit durchzusetzen vermag.

Neuer Weg zur politischen Willensbildung

Man sollte meinen, in der ältesten Demokratie wäre nichts leichter, als das Bodenproblem nach dem Grundsatz «Gemeinnutz geht vor Eigennutz» zu lösen. Leider zeigt sich auch bei uns immer wieder aufs neue, daß zwischen der Demokratie als Idealbild und ihrer Wirklichkeit ein nicht unerhebliches Mißverhältnis besteht. Dies rührt vor allem daher, daß die demokratische Willensbildung immer mehr in Frage gestellt wird. Die Verhältnisse und Zusammenhänge unseres gesellschaftlichen Lebens werden immer unübersichtlicher. Schlagworte verfälschen die Wirklichkeit. Dadurch wird die Urteilskraft des einzelnen überfordert. Wir halten deshalb dafür, daß die Frage der demokratischen Willensbildung neu überdacht werden muß. Den erfolgreichsten Weg sehen wir in der Förderung des Gesprächs mit dem Mitmenschen. Dieser begnügt sich heute allzusehr mit einer bloßen passiven Konsumentenhaltung. Die Erfahrung zeigt aber, daß von seiner Seite die Bereitschaft da ist, am politischen Leben teilzunehmen, sofern es gelingt, ihm die uns alle berührenden Probleme durch das Gespräch nahezubringen.

Das Jahr 1963 bietet uns die willkommene Möglichkeit dazu. Die Lösung des Bodenproblems berührt in ihren Auswirkungen das Interesse jedes einzelnen. Um so leichter wird es sein, das Problem im kleinen Kreis und in Gruppen zu besprechen.

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn auch andere Parteien das Thema «Der Schweizer Boden dem Schweizervolk» zum Gegenstand kontradiktorischer Aussprachen machen würden. Dabei möchten wir gerne wünschen, daß man das Gespräch sachlich und ehrlich führt. Dies ist aber nicht möglich, wenn die Diskussion im Stile der jüngsten gegnerischen Pressekampagne gelenkt

wird. Die freie demokratische Willensbildung ist in Frage gestellt, wenn versucht wird, das Gespräch von «oben herab» zu lenken oder gar durch die bekannten Schlagworte der Privilegienhüter zu ersticken.

Klare Alternative

Die im nächsten Jahr zu erwartende Auseinandersetzung um das sozialdemokratische Volksbegehren gegen die Bodenspekulation ist aber noch mit einem weiteren gewichtigen Vorteil verbunden. Die Diskussion wird dem einzelnen mit besonderer Deutlichkeit vor Augen führen, wo unsere politischen Parteien eigentlich stehen. Die Prüfung der einzelnen Parteiprogramme oder gar der verschiedenen Wahlbroschüren zeigt, daß sie sich in bezug auf die Zielsetzung nicht wesentlich voneinander unterscheiden. Ein klares Bild erhält der Staatsbürger erst, wenn es um grundsätzliche Entscheidungen geht. Hier zeigt sich dann, was von Parteiprogrammen zu halten ist.

So brachte zum Beispiel die Freisinnige Partei des Kantons Zürich das Kunststück fertig, an der letzten Gyrenbad-Tagung die wirklichkeitsfremde Forderung aufzustellen, es sei das Eigentum an Boden so breit wie möglich zu streuen. Gleichzeitig wird aber unser Volksbegehren «Der Schweizer Boden dem Schweizervolk» auf das heftigste bekämpft. Es dürfte bei sachlicher Diskussion um unser Volksbegehren hoffentlich bald dem letzten klar werden, daß wir ein fortschrittlicheres Bodenrecht gerade deshalb fordern, weil das freisinnige Postulat «möglichst jedem sein Stück Boden» bei der zunehmenden Verknappung und Verteuerung des Bodens völlig illusorisch geworden ist.

Welche Stellungnahme werden aber die zwischen dem Freisinn und der Sozialdemokratie stehenden Parteien einnehmen? Wohl bekennen sie sich «einerseits» ebenfalls zur Garantie des Grundeigentums, fordern aber «andererseits» bei jeder Gelegenheit eine vermehrte soziale Verpflichtung der Grundeigentümer. «Einerseits» erklären sie sich als Gegner jeder staatlichen Intervention, «andererseits» fordern sie vor den Wahlen vom Staat einen möglichst großzügigen Bau billiger Wohnungen, Maßnahmen gegen den «Häusermord» usw. Wer selbst im Parlament tätig ist, weiß aus eigener Erfahrung, wie die Vertreter dieser Parteien mit ihren Vorstößen gegen die Auswüchse des Eigennutzes allzu gerne versuchen, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen. Nach dem Start unseres Volksbegehrens werden gerade diese Parteien Farbe bekennen müssen. Die Alternative ist klar. Sie lautet nicht: «Freiheit des Grundeigentums» oder «Verstaatlichung», wie bereits wider besseres Wissen behauptet wurde. Die Alternative heißt: Soll der Boden nur dem Eigennutz dienen, oder muß er nicht in vermehrtem Maße Gegenstand des Gemeinnutzes werden?

Die Gretchenfrage 63

Eine derart klar herausgestellte Alternative wird dem Staatsbürger ein besseres Bild vom politischen Standort der Parteien vermitteln. Wer gegen unser Volksbegehren Stellung nimmt, gibt zu, daß ihm an der bestehenden Ordnung mehr gelegen ist als an dem Prinzip der Gerechtigkeit und der Solidarität. Er bekennt sich nach den von der bekannten Soziologin Jeanne Hersch herausgearbeiteten Kriterien zur rein konservativen oder zur konservativ-liberalen Ideologie. Jeanne Hersch, welcher Dr. H. Häberlin noch unlängst den «Scharfsinn» attestierte («NZZ», Morgenausgabe Nr. 139), bezeichnet es auch für die konservativen Liberalen als charakteristisch, daß ihnen die Legalität wichtiger ist als die Gerechtigkeit («Die Ideologien und die Wirklichkeit», S. 79). Die Gegner unseres Volksbegehrens sind somit zum politischen Lager der Konservativen oder der konservativen Liberalen zu zählen.

Es liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß auch von seiten der extremen Linken Kritiker auf den Plan treten werden, und zwar mit der Begründung, unser Volksbegehren gehe zuwenig weit, indem es nicht die völlige Verstaatlichung des Bodens vorsehe. Diese rein negative Einstellung, die auf einer überholten Doktrin fußt, bringt uns keinen Schritt weiter. Ich möchte diese Haltung ganz einfach als konservativ bezeichnen.

So dürften sich im Jahre 1963 immer deutlicher zwei Lager herausbilden: einerseits die Konservativen und die konservativen Liberalen mit ihrem Grundsatz, es sei nichts ohne Not zu ändern; auf der andern Seite werden sich die sozial fortschrittlichen Kräfte der politischen Linken gruppieren. Diese klare politische Standortsbestimmung, diese ehrlichere Abgrenzung der ideologischen Fronten wird auch dem Parteileben zugute kommen. Denn gerade heute wird ja nicht zu Unrecht gesagt, die Parteien vermöchten wegen der Verfälschung der politischen Wirklichkeit die Funktion als Organ des Volkswillens nicht mehr überzeugend zu erfüllen.

Auf dem Weg zur europäischen Zusammenarbeit

Man mag unserem Ausblick auf das begonnene Jahr entgegenhalten, er berücksichtige in einseitiger Weise den innenpolitischen Aspekt. Es bleibe uns im Jahre 1963 noch eine schicksalshaftere Frage zu lösen, nämlich wie die Schweiz im neuen Europa ihren wirtschaftlichen Beitrag leisten könne, ohne dadurch ihre politische Unabhängigkeit einzubüßen?

Darüber hat Bundesrat *Schaffner* am kürzlichen Parteitag der Urschweizer Liberalen in Altdorf einige bemerkenswerte Ausführungen gemacht. Den Befürchtungen, unser Land würde voraussichtlich im Fall einer wirt-

schaftlichen Zusammenarbeit in einem neuen Europa etwas von seiner Souveränität einbüßen, begegnete der bundesrätliche Sprecher mit der Feststellung, daß wir eben gegenüber den zukünftigen EWG-Partnern die Vorzüge der innenpolitischen Struktur eines Kleinstaates in die Waagschale werfen müßten. Dazu gehöre auch die direkte Demokratie. Dieser letztere Hinweis war im Jahre des 250. Geburtstages von Jean-Jacques Rousseau gewiß am Platze. Ist aber dem Vertreter des Bundesrates entgangen, daß die ihm nahestehende Presse am Geburtstag von Jean-Jacques sich zwar zu den zahlreichen Gratulanten drängte, aber den Anlaß benutzte, das Bild dieses großen Geistes mit seiner Idee von der direkten Demokratie etwas zu verdunkeln. Die Vorbehalte der Neuliberalen gegenüber der direkten Demokratie mit ihren Volksrechten sind bekannt. Sie wurden bei der Auseinandersetzung des sozialdemokratischen Volksbegehrens betreffend die Gesetzesinitiative besonders deutlich. Es ist unseres Erachtens auf die Dauer nicht zuträglich, die Vorzüge der direkten Demokratie gegenüber dem Ausland als Aushängeschild zu benützen, dieselbe aber im Innern wo immer möglich abzuwerten. Für Rousseau bedeutete die Demokratie Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes. Diese Idee ist für einen Kleinstaat heute noch so aktuell wie zuvor. Sie kann auch vor der Doktrin der «Heiligkeit des Grundeigentums» nicht haltmachen.

Es ist bemerkenswert, daß auch Bundesrat Schaffner an dem genannten Parteitag die Auffassung vertrat, die Schwierigkeiten des EWG-Problems seien mehr auf dem Boden der Innenpolitik als im Bereiche der Außenpolitik zu suchen. Er verwies auf die Überhitzung der Konjunktur sowie auf die «Preis-Lohn-Spirale». Und die Lösung des Bodenproblems, wenn man fragen darf? Besteht nicht ein enger Zusammenhang zwischen der ungesunden Entwicklung der Bodenpreise und der Erhöhung der Lebenskosten, welche unsere Konkurrenzfähigkeit gefährdet? Aber abgesehen davon wäre es für die an die Tore der EWG klopfende Schweiz von entscheidendem Vorteil, wenn sie sich über eine wahrhaft demokratische Lösung des Bodenproblems ausweisen könnte. Wer als Vertreter eines Kleinstaates gegenüber außen die Demokratie in die Waagschale wirft, muß im Innern die Demokratie zu Ende denken. Wer von den Gesprächspartnern der EWG Verständnis für die Solidarität fordert, muß im eigenen Land das Solidaritätsprinzip über den Glauben an den Vorrang des Eigennutzes stellen. Im Vaterland muß beginnen, was leuchten soll in Europa.

So sehr uns an der Idee von einer engeren Zusammenarbeit unseres Landes in einer größeren Gemeinschaft freier Völker gelegen ist, so besteht heute noch kein Anlaß, die Bestrebungen in dieser Richtung zu überstürzen. Der Weg zur internationalen Zusammenarbeit führt über die Nation. Die Idee, man könne die Nation überspringen und gleich zur Internationalen

vorstoßen, hat sich als Illusion erwiesen. Carlo *Schmid* hat in seinem Werk «Politik und Geist» diesem Gedanken überzeugend Ausdruck gegeben, wenn er ausführt: «Die Überwindung des Nationalismus geschieht nicht dadurch, daß man an der Nation vorbeischießt oder vorbeilebt, sondern dadurch, daß man ganz in die Nation hineingeht. So gelangt man eines Tages über sie hinaus, aber nur so.

Sehen wir deshalb zu, daß zunächst in unserem demokratischen Kleinstaat die dringendsten sozialen Probleme in wahrhaft demokratischem Sinne gelöst werden. Dazu gehört vor allem eine der Dynamik des sozialen Rechtsstaates entsprechende Lösung des Bodenproblems. Wenn wir die sozialen Probleme von heute und morgen in diesem Geiste anpacken, verhindern wir, daß wir mit den Fahnen einer formalen Demokratie von vorgestern in das neue Europa marschieren.

Wir Sozialdemokraten sind entschlossen, im Jahre 1963 an gewissen veralteten Fahnenstangen recht kräftig zu rütteln.

HEINZ ROSCHEWSKI

Die Bäume des Herrn Generaldirektor Ekelund

Die Geschichte von den Bäumen des Herrn Generaldirektors Ekelund erzählt uns einer der besten zeitgenössischen Schriftsteller deutscher Sprache, Alfred Andersch, berühmt geworden vor allem durch sein Buch «Sansibar oder der letzte Grund» und neuerdings durch seinen auch in der Bücher-gilde Gutenberg erschienenen Roman «Die Rote». Alfred Andersch erzählt die Geschichte von den Bäumen in seinem neuesten, im Walter-Verlag, Olten, herausgegebenen Werk «Wanderungen im Norden», wo er Erlebnisse in den skandinavischen Ländern wiedergibt und in einer ungemein starken, plastischen und doch unaufdringlichen Sprache kleine Begebnisse und Stimmungsbilder zu einer tiefechten Erfassung der nordischen Landschaft und der nordischen Menschen gestaltet; seine Frau, Gisela Andersch, hat dazu farbige Photos beigesteuert, die aus dem Buch ein Kunstwerk für sich machen.

Aber wie ist das mit den Bäumen des Herrn Ekelund? Andersch berichtet in seinem Buch von Besichtigungen bei den großen Holzindustrien Schwedens und von seinen Begegnungen mit den Managern und Direktoren eines riesigen Holztrusts, der jährlich eine Million Bäume verarbeitet und dessen Kopf und Generaldirektor ein Herr Ekelund ist (in Wirklichkeit